

Deutscher Haftbefehl gegen Fallahian

Irans Geheimdienstchef für Mykonos-Anschlag verantwortlich gemacht / Steinbach fürchtet „Eiszeit“

BERLIN (an./rtr). Die Bundesrepublik hat gegen den iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian Haftbefehl wegen Mordverdachts in Deutschland erlassen. Dies bestätigte Generalbundesanwalt Kay Nehm am Freitag. Fallahian, der zuletzt im Oktober 1993 die Bundesrepublik offiziell besuchte, wird laut Bundesanwaltschaft vorgeworfen, 1992 die Ermordung von vier kurdisch-iranischen Oppositionellen im Berliner Restaurant Mykonos gesteuert zu haben. Die Bundesregierung hatte bisher Druck auf die Bundesanwaltschaft ausgeübt, wegen „der Gefahr eines schweren Nachteils für die Bundesrepublik Deutschland“ keinen Haftbefehl gegen den Minister zu erlassen. Fallahian leite seit 1989 das iranische Ministerium für Nachrichtendienste und Sicherheitsangelegenheiten. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof habe am Donners-

tag auf Nehms Antrag hin den Haftbefehl ausgestellt, der mit dem Verdacht des vierfachen Mordes und des Mordversuchs begründet werde, hieß es aus Karlsruhe.

Der „kritische Dialog“ Bonns mit Teheran war in den vergangenen Wochen insbesondere von den USA und Israel kritisiert worden. Beide Länder werfen Teheran vor, die islamistischen Extremisten der Hamas zu unterstützen, obwohl es dafür bisher keine Beweise gibt. Zuletzt auf dem Anti-Terror-Gipfel im ägyptischen Scharm el Scheich am Mittwoch hatte der israelische Ministerpräsident Shimon Peres Iran als Urheber der jüngsten Anschläge in Israel genannt.

Der Leiter des Hamburger Orient-Instituts, Udo Steinbach, sieht in dem nur einen Tag nach dem Gipfeltreffen erlassenen Haftbefehl gegen Fallahian ein Zugeständnis, das zeigen soll, daß die Bundesrepublik „ihre

Hausaufgaben gemacht hat“. Er fürchtet, daß in den deutsch-iranischen Beziehungen eine „Eiszeit“ ausbrechen wird. In den nächsten Tagen werde sich zeigen, ob Iran die negativen Auswirkungen der Affäre begrenzt halten wolle oder „Gegenmaßnahmen“ verhängen. Steinbach verteidigte ausdrücklich noch einmal den „kritischen Dialog“ mit dem iranischen Regime: Die Tatsache, daß erneut ein UNO-Menschenrechtsbeobachter ins Land gelassen wurde und bei den Parlamentswahlen eine starke Reformfraktion angetreten sei, seien „Reflexe“ dieses Dialogs.

Iran legte indes gegen das deutsche Vorgehen im Fall Fallahian einen offiziellen Protest ein. Dies teilte der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Erdmann, am Freitagabend mit. Der iranische Botschafter Hossein Musavian habe den Protest übermittelt.

AA000307